

Vorlage Stadtparlament

Datum 27. Mai 2026
Beschluss Nr. 1541
Aktenplan 152.15.10 Stadtparlament: Motionen

Motion Oliver Wick, Louis Stähelin: 15 genügen nicht: Bevölkerungsvorstösse brauchen Rückhalt; Frage der Erheblicherklärung

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion «15 genügen nicht: Bevölkerungsvorstösse brauchen Rückhalt» wird **nicht erheblich** erklärt.

Oliver Wick, Louis Stähelin sowie 22 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 24. März 2026 die beiliegende Motion «15 genügen nicht: Bevölkerungsvorstösse brauchen Rückhalt» ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Das Partizipationsreglement in seiner heutigen Form ist das Ergebnis der Motion «Partizipation suchen – Reglement revidieren» aus dem Jahr 2018. Die Motion wurde vom Stadtparlament am 26. Juni 2018 in ein Postulat umgewandelt und mit folgendem Wortlaut erheblich erklärt: «Der Stadtrat wird eingeladen, die städtische Partizipation umfassend zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten, ob – und falls ja welche – gesetzliche Anpassungen bzw. weitere Massnahmen angezeigt sind.»¹ Grund für den Vorstoss war insbesondere, dass im damaligen Partizipationsreglement Jugendliche sowie die Dachorganisation der Migrantinnen und Migranten dem Parlament zwar Vorstösse einreichen konnten, diese Möglichkeit aber kaum genutzt wurde. Einerseits kritisierten die Motionärin und die Motionäre die zu hohen administrativen Hürden für diese Form der Vorstösse. Andererseits hatte sich auch die Dachorganisation der Migrantinnen und Migranten aufgelöst, weshalb es Migrantinnen und Migranten nicht mehr möglich war, einen Vorstoss einzureichen.

¹ «Motion Jeyakumar Thurairajah, Nadine Niederhauser, Stefan Grob, Etrit Hasler: Partizipation suchen – Reglement revidieren; Frage der Umwandlung in ein Postulat und Erheblicherklärung», Vorlage Nr. 1799 vom 29. Mai 2018, vom Stadtparlament mit Änderungen beschlossen am 26. Juni 2018.

Im Rahmen der Beantwortung des Postulats wurde dem Parlament ein totalrevidiertes Partizipationsreglement vorgelegt, das keine explizite Vorstossmöglichkeit mehr beinhaltete.² Das Parlament jedoch sprach sich für einen Abänderungsantrag der Kommission Soziales und Sicherheit aus, welcher die Aufnahme des sogenannten Bevölkerungsvorstosses ins neue Partizipationsreglement gefordert hatte.

Das neue Partizipationsreglement³ und damit auch der Bevölkerungsvorstoss (Art. 5 ff.) wurde am 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt. Mit diesem Partizipationsmittel können mindestens 15 unterzeichnende Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt St.Gallen, die das 13. Altersjahr zurückgelegt haben, einen Sachverhalt des städtischen Lebens thematisieren und dazu Lösungsvorschläge machen (Art. 5). Nach der Einreichung prüfen die Bevölkerungsdienste, ob mindestens 15 aufgeführte Personen in St.Gallen wohnen und das 13. Altersjahr zurückgelegt haben. Ist dies der Fall, leitet die Stadtkanzlei den Vorstoss je nach Thema und Sachgebiet an die zuständige parlamentarische Kommission weiter und informiert gleichzeitig den Stadtrat (Art. 6 Abs. 2).

Die zuständige Kommission entscheidet, ob sie einen Vorstoss zum Thema einreichen will – und kann zur Meinungsbildung eine Delegation der Unterzeichnenden anhören (Art. 7 Abs. 1). Hat sich die Kommission zu einem Vorgehen entschieden, werden die Unterzeichnenden darüber informiert (Art. 7 Abs. 3). Wird der Vorstoss im Stadtparlament behandelt, findet dort eine politische Diskussion darüber statt. Schliesslich wird das Parlament jährlich an der Rechnungssitzung über die im Vorjahr eingegangenen und behandelten Vorstösse informiert (Art. 9).

Seit der Einführung im Jahr 2021 wurden 64 Bevölkerungsvorstösse zu unterschiedlichen Themen eingereicht (Stand 14. Mai 2026).⁴ Zahlreiche dieser Vorstösse wurden von mehr als den erforderlichen 15 Personen unterzeichnet.

Jahr	Bevölkerungsvorstösse
2021	6
2022	18
2023	11
2024	7
2025	19
2026	3
Total	64

² «Neuordnung der Partizipation von Bevölkerungsgruppen in der Stadt St.Gallen sowie Erlass eines neuen Partizipationsreglements», Vorlage Nr. 4065 vom 23. April 2020, vom Stadtparlament mit Änderungen beschlossen am 22. September 2020.

³ [Partizipationsreglement; SRS 141.1.](#)

⁴ [Archiv | E-Mitwirkung Stadt St.Gallen.](#)

2 Beurteilung

Der Bevölkerungsvorstoss ist bewusst als einfach zugängliches Instrument ausgestaltet. Er ermöglicht es Einwohnerinnen und Einwohnern ab 13 Jahren, Anliegen und Lösungsansätze frühzeitig und ohne grossen organisatorischen Aufwand in den politischen Prozess einzubringen. Die vorgeschlagene Erhöhung der erforderlichen Unterschriftenzahl von 15 auf 75 ist vor dem Hintergrund von Doppelspurigkeiten, Effizienzüberlegungen und administrativem Aufwand nachvollziehbar. Dennoch sprechen gewichtige Gründe dafür, die bestehende niederschwellige Regelung beizubehalten.

Eine Erhöhung der Zugangsschwelle würde insbesondere jene Einzelpersonen oder kleinere Gruppen benachteiligen, welche nicht über grosse Netzwerke oder umfangreiche Ressourcen verfügen. Gerade diese Offenheit ist entscheidend, damit unterschiedliche Perspektiven aus der Bevölkerung sichtbar werden. Eine deutliche Erhöhung des Quorums würde dieses Gleichgewicht verschieben. Gut organisierte oder ressourcenstarke Akteurinnen und Akteure könnten weiterhin problemlos genügend Unterschriften sammeln, während weniger vernetzte Personen benachteiligt würden. Damit würde das Instrument an Breite verlieren und seine ursprüngliche Funktion, die einfache Mitsprache, einbüßen. So bestünde die Gefahr, dass bestimmte Anliegen gar nicht erst eingebracht werden – nicht, weil sie irrelevant sind, sondern weil die Hürde zu hoch ist.

Die Relevanz eines Themas bemisst sich nicht primär an der Anzahl der Unterschriften, sondern an der inhaltlichen Tragweite. Gerade neue, noch wenig verbreitete oder spezifische Themen haben oft zunächst nur eine kleine Trägerschaft. Eine niedrige Unterschriftenzahl ermöglicht es, solche Anliegen überhaupt sichtbar zu machen und einer ersten Prüfung zu unterziehen. Der Bevölkerungsvorstoss erfüllt damit die Funktion eines Frühwarn- und Impulsinstruments innerhalb des politischen Systems. Anliegen, die über einen Bevölkerungsvorstoss eingebracht werden, können frühzeitig in bestehende Prozesse integriert werden und tragen somit dazu bei, Probleme zu entschärfen, bevor sie sich verfestigen.

Mit dem Partizipationsreglement bekennt sich die Stadt St.Gallen zu Teilhabe und Einbezug aller Einwohnerinnen und Einwohner. Bei einer Erhöhung der Unterschriftenzahl ist auch die Signalwirkung einer solchen Änderung zu berücksichtigen. Sie kann als Einschränkung bestehender Mitwirkungsrechte wahrgenommen werden und wäre ein widersprüchlicher Schritt im generellen Bestreben der Stadt um mehr Partizipation.

Hinzu kommt, dass die parlamentarischen Kommissionen die Aufgabe haben, das jeweilige Anliegen des Bevölkerungsvorstosses kritisch zu hinterfragen zu beurteilen. Entscheiden sie sich für die Einreichung eines Vorstosses zum Thema, ist die demokratische Legitimation damit gegeben, und es kann davon ausgegangen werden, dass das Anliegen einem breiteren öffentlichen Bedürfnis entspricht.

Der Stadtrat empfiehlt daher, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:

- Motion vom 24. März 2026